

Parlamentarische Wintersession 2024: Überblick VBSA-relevante Themen

Geschäfte, welche im Ständerat behandelt wurden

- [Motion - VOC-Lenkungsabgabe aufgeben](#)
- [Motion - Regulatorische Blockade beim Zink Recycling beheben](#)
- [Motion - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen](#)
- [Motion - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO2](#)

Geschäfte, welche im Nationalrat behandelt wurden

- [Postulat - Stand und Potenzial der Pyrolyse](#)
- [Postulat - Chemisches Recycling von Kunststoffen \(Pyrolyse\)](#)

Geschäfte, welche in beiden Räten behandelt wurden

- [Geschäft des Bundesrates. - Voranschlag 2025 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2026-2028](#)

In der Wintersession neu eingereichte Geschäfte

Im Nationalrat:

- [Interpellation - Économie circulaire du verre : Quelles mesures pour favoriser et financer la réutilisation ?](#) (Deutsche Übersetzung fehlt noch)
- [Postulat - Leadership dans la lutte contre la pollution plastique : comment avance la Suisse ?](#) (Deutsche Übersetzung fehlt noch)
- [Postulat - Verpackungen: Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern](#)
- [Interpellation - Kann der Plan der CO2-Kompensation zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 noch aufgehen?](#)

Im Ständerat:

- [Interpellation - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten: Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen](#)

Die in der Frühlingsession 2025 weiter zu behandelnden Geschäften

- [Interpellation - Kunststoffrecycling. Vorsicht vor den gesundheitlichen Folgen](#)
- [Interpellation - Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien wie PFAS. Nächste Schritte](#)

Geschäfte, welche im Ständerat behandelt wurden

Motion 24.3388: VOC-Lenkungsabgabe aufgeben

Die UREK-S reichte am 21. März 2024 eine Motion zur Aufhebung der Lenkungsabgabe auf flüchtige organische Stoffe (VOC) ein. Der Ständerat nahm sie am 28. Mai 2024 an, entgegen der Empfehlung des Bundesrats vom 22. Mai 2024.

Der Nationalrat stimmte am 10. September 2024 zu, jedoch mit Änderungen. In der Differenzvereinbarung am 5. Dezember 2024 nahm der Ständerat die Motion mit Änderung an. Diese beauftragt den Bundesrat, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Wirkung die Lenkungsabgabe hat und welche Alternativen es zur Abgabe gibt.

- [Motion 24.3388 - VOC-Lenkungsabgabe aufgeben](#)
- [SDA-Meldung «Abschaffung der Schweizer VOC-Lenkungsabgabe wird jetzt nur geprüft»](#)

Motion 24.3475: Regulatorische Blockade beim Zink Recycling beheben

Diese Motion zur Behebung der regulatorischen Blockade beim Zink-Recycling wurde am 14. Mai 2024 von der UREK-N eingereicht. Der Bundesrat hat die Annahme beantragt.

Die Motion fordert eine Änderung der Abfallverordnung (VVEA). Nach Annahme durch National- und Ständerat wurde sie am 5. Dezember 2024 an den Bundesrat überwiesen. Laut Bundesrat soll die Anpassung Rechtssicherheit schaffen, indem Verbrennungsrückstände als Siedlungsabfälle klassifiziert und dem Siedlungsabfallmonopol unterstellt werden.

- [Motion 24.3475 - Regulatorische Blockade beim Zink Recycling beheben](#)

Motion 24.4064: Deponieraum für Holzaschen sicherstellen

Diese Motion von Ständerat Jakob Stark fordert die Sicherstellung der Deponierung von Holzaschen, bis sinnvolle Verwertungsmöglichkeiten verfügbar sind. Der Bundesrat hat am 27. November 2024 die Annahme beantragt, der Ständerat stimmte am 3. Dezember 2024 zu.

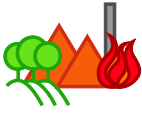
Demnach sollte die Abfallverordnung (VVEA), besonders für Filteraschen aus Altholzverbrennung angepasste werden und die Zusammenarbeit zwischen Akteuren im Rahmen bestehender Gesetze gefördert werden. Nach der Annahme durch den Ständerat berät als nächstes die UREK-N bevor sie im Nationalrat als Zweitrat behandelt wird.

- [Motion 24.4064 - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen](#)
- [Debatte im Ständerat der Motion 24.4064 vom 3. Dezember 2024](#)

Motion 24.4256: Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO₂

Diese Motion, eingereicht am 11. Oktober 2024 von der UREK-S, fordert den Bundesrat auf, eine Rahmengesetzgebung für CO₂-Abscheidung, -Transport und -Speicherung auszuarbeiten.

Diese soll harmonisierte Regelungen, Finanzierungslösungen und vereinfachte Bewilligungsverfahren umfassen. Der Ständerat nahm die Motion am 5. Dezember 2024 an.



Der Bundesrat betonte in seiner Stellungnahme und Antrag auf Annahme der Motion die Notwendigkeit solcher Technologien und strebt verursachergerechte Finanzierungslösungen an. Die Motion wird nun von der UREK-N vorberaten, bevor sie im Nationalrat behandelt wird.

- [Motion 24.4256 - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO₂](#)

Geschäfte, welche im Nationalrat behandelt wurden

Postulat 24.4262: Stand und Potenzial der Pyrolyse

Der Nationalrat nahm am 20. Dezember 2024 ein Postulat der UREK-N zur Pyrolyse-Technologie an, in welchem der Bundesrat aufgefordert wird einen Bericht erstellen, der die Vorteile der Pyrolyse bei der Verarbeitung verschiedener Abfallarten untersucht. Der Bericht soll Energieeffizienz, Treibstoffgewinnung (Wasserstoff, synthetische Kohle), Energie-speicherung und Negativemissionen analysieren. Zudem sollen konkurrierende Technologien und Unterstützungsstrategien aufgezeigt werden. Der Bundesrat befürwortete bereits in seiner Stellungnahme vom 27. November 2024 die Annahme des Postulats, womit nun das Geschäft an den Bundesrat überwiesen wurde.

- [Postulat 24.4262 - Stand und Potenzial der Pyrolyse](#)

Postulat 24.4264: Chemisches Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse)

Der Nationalrat behandelte am gleichen Tag ein weiteres Postulat der UREK-N zum chemischen Recycling von Kunststoffen. Der Bundesrat soll einen Bericht über Steuererleichterungen für Pyrolyse-Treibstoffe erstellen und dabei Einnahmeausfälle, Importanreize und CO₂-Bilanz prüfen. In seiner Stellungnahme vom 27. November 2024 zeigte sich der Bundesrat bereit, einen Bericht zum Stand und Potenzial der Pyrolyse zu erstellen, betonte aber seine kritische Haltung zu Steuererleichterungen. Die steuerliche Vergünstigung für erneuerbare Treibstoffe läuft Ende 2030 aus und wird durch alternative Fördermaßnahmen ersetzt. Das Postulat muss nun vom Bundesrat erfüllt werden.

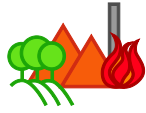
- [Postulat 24.4264 - Chemisches Recycling von Kunststoffen \(Pyrolyse\)](#)

Geschäfte, welche in beiden Räten behandelt wurden

Geschäft des Bundesrates: Voranschlag 2025 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2026-2028

Die Behandlungen im National- und Ständerat wurden in der Wintersession abgeschlossen unter anderem mit dem Entschluss, dass beim Bundespersonal CHF 155 Millionen gespart werden muss. Welche Auswirkungen das neue Budget für die abfallrelevanten Stellen insbesondere im BAFU hat, ist unklar.

- [Geschäft des BR. 24.041 - Voranschlag 2025 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2026-2028](#)



In der Wintersession 2024 neu eingereichte Geschäfte

Im Nationalrat:

- [Interpellation 24.4332 - Économie circulaire du verre : Quelles mesures pour favoriser et financer la réutilisation ?](#) (Deutsche Übersetzung fehlt noch)
- [Postulat 24.4357 - Leadership dans la lutte contre la pollution plastique : comment avance la Suisse ?](#) (Deutsche Übersetzung fehlt noch)
- [Postulat 34.4378 - Verpackungen: Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern](#)
- [Interpellation 24.4379 - Kann der Plan der CO2-Kompensation zur Erreichung der Klimaziele bis 2030 noch aufgehen?](#)

Im Ständerat:

- [Interpellation 24.4406. Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten: Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen](#)

In der Frühlingssession 2025 weiter zu behandelnden Geschäften

Folgende Geschäfte wurden in der Wintersession nicht behandelt und werden deshalb in der Frühlingssession 2025 wieder aufgenommen:

- [Interpellation 24.3999. Kunststoffrecycling. Vorsicht vor den gesundheitlichen Folgen](#)
- [Interpellation 24.4056. Aktionsplan zur Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt durch langlebige Chemikalien wie PFAS. Nächste Schritte](#)